

Kiel, 09.07.2010

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 36, Gemeinsamer Ethik- und Religionsunterricht (Drucksache 17/694neu)

Rolf Fischer:

Für konfessionslose Schüler Alternativfach prüfen

Heute ist Zeugnisausgabe und viele Schüler/innen erfahren ihre Noten, auch im Fach Religion. Meine beiden Kinder haben im Religionsunterricht übers Christentum gesprochen, über den Buddhismus, den Islam und das Judentum; aber auch über Gewalt, Rollenverständnis von Mann und Frau und über die Drogenproblematik.

Schon heute ist **das Fach Religion also ein vielfältig angelegtes** und verstandenes Unterrichtsfeld. Dort sitzen keine verknöcherten christlichen Fundamentalisten, die missionarisch die christliche Lehre in die Köpfe der Kinder hämmern, sondern meist moderne Pädagogen, die ihre Arbeit gut, interessant und informativ machen.

Und das ist wichtig, denn für den Religionsunterricht gilt etwas, was es für kein anderes Schulfach gibt, nämlich seine **Bestandsgarantie** durch Artikel 7 des Grundgesetzes. Er garantiert den Eltern die Entscheidung darüber, ob ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen, und er verankert zugleich den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an den Schulen, das in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Kirchen/Religionsgemeinschaften zu unterrichten ist.

Seit 1949 hat sich aber die religiöse Bindung der Menschen in unserem Land verändert, und durch die **Zuwanderung** des letzten halben Jahrhunderts sind viele Men-

schen einer der zahlreichen orthodoxen Konfessionen, Muslime und Andersgläubige zu uns gekommen.

Der Anteil der beiden großen christlichen Kirchen ist auf jeweils 30 Prozent/60 Prozent zurückgegangen, 6 Prozent gehören dem Islam, anderen christlichen Konfessionen und sonstigen Glaubensgemeinschaften an; und die größte weltanschauliche Gruppe sind die Konfessionslosen mit 34 Prozent.

In Schleswig-Holstein verzeichnete die Landesregierung gemäß ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage von 2008 2 Millionen Protestanten, rund 170.000 Katholiken, knapp 2.000 Juden; über die Zahl der Muslime und der orthodoxen Christen konnte die Regierung damals keine Angaben machen. Das heißt, wir können in unserem Land von etwa 500- 600.000 Konfessionslosen ausgehen.

In ihrer Antwort auf die Große Anfrage der CDU zum Religionsunterricht ging die Landesregierung davon aus, dass knapp zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler evangelisch waren, rund 5 Prozent katholisch, etwa 9 Prozent sonstige, aber deutlich über 20 Prozent machten keine Angaben.

Für die **konfessionslosen Schülerinnen und Schüler** gibt es kein dem konfessionellen katholischen oder evangelischen Religionsunterricht vergleichbares Angebot.

Die Verankerung des **islamischen Religionsunterrichts** macht Fortschritte, ist aber bei weitem nicht Bedarfs deckend. Wir sollten uns auch davor hüten, Erwartungen zu schüren, die uns überfordern, sowohl was die Finanzen, als auch was die zur Verfügung stehenden Lehrkräfte angeht.

Es ist uneingeschränkt anzustreben, dass junge Menschen **möglichst breite Kenntnisse über religiöse und nicht religiöse Wertesysteme** erwerben, denen sie selbst

nicht angehören. Es ist aber sicher nicht im Sinne des in § 4 Schulgesetz festgelegten Bildungsauftrags, wenn junge Menschen die Schule verließen, ohne wenigstens Grundkenntnisse über die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede nicht nur der großen christlichen Konfessionen, sondern auch der großen Weltreligionen erworben zu haben.

Nicht akzeptabel allerdings ist, wenn die **Abmeldung vom Religionsunterricht** weniger der weltanschaulichen Überzeugung der Jugendlichen, sondern der Aussicht auf eine Freistunde entspringt.

Der Antrag der Linken bedeutet, den heutigen Religionsunterricht ganz abzuschaffen und zu ersetzen. Dies ist kein neues Thema und aus grundsätzlichen, aus ethischen und religiösen Gründen höchst umstritten, aber es ist eben auch aus vertraglichen Gründen gegenüber den Kirchen gar nicht möglich.

Ich bin persönlich, gestatten Sie mir diesen Einwurf an dieser Stelle, ausdrücklich gegen die Abschaffung. Es wäre daher ein Ansatz, für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die keinen konfessionsgebundenen Religionsunterricht wahrnehmen, **ein paralleles Schulfach zu bieten**.

Dies wird nicht von heute auf morgen erfolgen können.

- Ein solches Fach muss definiert und mit Lehrplaninhalten gefüllt werden.
- Die Lehrerinnen und Lehrer für dieses Fach müssen erst einmal ausgebildet werden.
- Und es muss geprüft werden, inwieweit das mit einer Fort- und Weiterbildung der vorhandenen Lehrkräfte zu erzielen ist.

Daher müssen wir uns über die Realisierungsmöglichkeiten im Bildungsausschuss detailliert unterhalten. Ich bitte daher um Überweisung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.